



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

442 (26.9.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205628](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205628)

Dr. Stresemann über die Reichspolitik.

In Breslau trat am 24. September der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen, an der über 250 Delegierte teilnahmen. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine große Rede Stresemanns, die wir im folgenden in ihren bedeutendsten Teilen wiedergeben. Das zweite große Referat hielt der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion Dr. von Campe über die Politik der Partei in Preußen.

Erfüllungspolitik und Etaness-Abkommen.

Die schwerste Lage, in der wir heute außenpolitisch und wirtschaftlich stehen, ist durch die falsche Einschätzung der deutschen Weltlage seitens derjenigen herbeigeführt worden, die da glaubten, durch eine starke Betonung der deutschen Erfüllungswillens moralische Eroberungen machen zu können, ohne Deutschland dabei bis zur größten Not zu kommandieren. Das, was wir heute sehen und was sich vom wirtschaftlichen Zusammenbruch kaum mehr unterscheidet, das ist ein Anfang mit der Lösung der ersten Goldmilliarde durch Deutschland gemittelt, und damit beginnt der große Sturz unserer Währung und des Schwindens des Vertrauens des Auslandes (sehr richtig). Heute haben auch die deutschen Staatsmänner ihren Irrtum von damals erkannt. Wir wissen, daß nicht nur unsere Goldleistungen und unsere Ausgleichszahlungen, sondern auch die übrigen bisherigen sogenannten Entschädigungsleistungen im bisherigen Ausmaß unmöglich sind. Dieser neuen Lage gegenüber hat die Entente jetzt Stellung zu nehmen. Das große wirtschaftliche Abkommen, das mitten in dieser Lage abgeschlossen worden ist, wird vielfach so gedeutet, als habe sich ein namhaftes Mitglied der D. V. P. als wirtschaftlicher Führer durch den Abschluß eines solchen Abkommens auf dem Boden der Erfüllungspolitik gestellt. Diese Auffassung ist irrig. Stimm es hat das Wiesbadener Abkommen deswegen als unmöglich bezeichnet, weil es Frankreich ein unbedingtes Optionsrecht auf die deutsche Konjunktur gibt, das natürlich von der deutschen Wirtschaft getrennt werden konnte. Durch das Abkommen, das Stimm abgeschlossen hat, ist eine solche Ausnutzung unmöglich gemacht. Das Abkommen kann wirtschaftlich und politisch sehr große Folgen haben. Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so liegt natürlich keine Verantwortung vor, das Abkommen irgendwie mit Freunden zu begründen. Es handelt sich um Leistungen, die deutsche Arbeiter und die deutschen Industrien übernehmen, und für die das deutsche Reich mit Bausperren Zahlungen leisten muß. Widerger indessen als die wirtschaftlichen sind die politischen Folgen, die von dem Abkommen ausgehen. Das Abkommen kann ein Wendepunkt in der Richtung werden, daß Frankreich mehr in die wirtschaftlichen Angelegenheiten einmischen und von seiner Position des Wirtschaftspunktes abgelenkt und daß uns auf diese Weise vielleicht eine weitgehende Entspannung gelingen wird, die uns von den Sanktionsdrohungen befreit. Denn jede weitere Sanktionspolitik Frankreichs ist mit diesem Abkommen unvereinbar (sehr richtig). Die Aufgabe der Reparationen ist bereits auf das Abkommen zurückzuführen. In dieser Zusammenhang ist sogar von sozialdemokratischer Seite, wenn auch unwillig, zugegeben worden, daß die erste wirkliche Tat, eine Entspannung der Weltlage, nicht eine Tat des Sozialismus, sondern eine solche des Kapitalismus gewesen sei.

Kritik ist auch daran geübt worden, daß durch das Abkommen einem Einzelnen eine große Finanzgewinn und ein Riesengewinn gegeben werde. Demgegenüber hat Stimm erklärt, daß schon bei dem Abschluß des Vertrages für ihn feststanden habe, daß er als Vertreter seines Volkes an dem Abkommen teilnehmen wolle und er die an ihn liegende Verantwortung an die wirklich Bedürftigen in Deutschland verteilen werde. Eins hat der Abschluß des Abkommens deutlich gezeigt: Es ist ein Fortschritt, wenn die Reparationen in Deutschland annehmen, daß eine Entschädigung ihrer Verluste dem Lande auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Vorteile bringen könne, daß die sogenannte belasteten Verhältnisse nicht völlig seien, internationale Politik zu treiben. Im Gegenteil. Wie das Beispiel beweist, vermögen sich gerade diejenigen im Lande durchzusetzen, die in den nationalen Fragen offen zu ihrem Vaterlande gestanden haben, und nicht solche, die eine auf internationalen Konventionen abgemessene (selbstige Zustimmung). Es ist ferner ein Fortschritt, anzunehmen, daß ein weitestgehender sozialistischer Einfluß auf die Politik gegenüber dem Auslande erleichtert. Auch hier ist das Gegenteil der Fall (sehr richtig). Er erschwert unsere Lage.

Die Welt brauchen nicht im Zeichen der individuellen Wirtschaft und nicht im Zeichen des Sozialismus. Alles in allem erkennen wir von dem Vertrage, daß die Krisisgeschichten in Frankreich, die eine politische Macht in der Weltstellung ihres Vaterlandes sind, durch ihren Einfluß auf die Gesamtpolitik Frankreichs eine günstige Wirkung ausüben können, so daß wir die Politik dieses Landes schließlich in die Bahnen einmünden sehen, die von den angloamerikanischen Wirtschaftsmännern vorgezeichnet sind und die auf ein Verbot des Friedensvertrages hinauslaufen. Was die internationalen Auswirkungen des Abkommens anlangt, so beweist das Abkommen selbstverständlich nicht die Schaffung einer Grundlage für eine deutsch-französische Kontinentalpolitik mit einer Spitze gegen die Politik eines anderen Landes. Wir müssen in enger Fühlung mit England bleiben, das die Verhandlungen erkannt und auch uns selbst auf eine Verständigung mit Frankreich hingewiesen hat. (Sehr richtig!) Wir müssen auch fernerhin den Blick nach Osten gerichtet halten. (Sehr richtige Zustimmung.) Es handelt sich nicht um das Ausland von heute, sondern um das der Zukunft. Daß im übrigen England durch das Abkommen keineswegs vernachlässigt ist, hat das Ergebnis der Verhandlungen Hooquens in London bewiesen.

Im übrigen ein Wort der Warnung: Ich sehe das politische Ergebnis des Abkommens stark gefährdet, wenn jetzt ein Vertreter deutscher Industriellen Gesellschaften einleiten sollte, um ein Abkommen dem anderen folgen zu lassen, ohne daß uns dabei ähnliche politische Auswirkungen gesichert sind, die wir von dem Vertrage Stimm-Sudertse erwarten können. (Sehr richtig.)

Innere Politik.

Wir wollen uns dem Weg zur Volksgemeinschaft und zur Befestigung unserer inneren Verhältnisse. Diese Entwicklung ist durch den ruhelosen Kampf an Rhein und unterbrochen worden. Der Gedanke der Volksgemeinschaft konnte nicht so sehr getroffen werden, als es durch diese Zeit geschähen ist. Auch außenpolitisch war die Zeit verhängnisvoll. Rathenau war in diesem Augenblick ein Außenminister, der geeignet war, die Finanzverhältnisse zu führen, die nötig sind, wenn wir zum Wiederaufbau kommen wollen. Auch die internationalen Finanzkräfte sind eine Macht, an der kein Realpolitiker vorbeigehen kann. Ich bin überzeugt, daß Biomard in unserer außenpolitischen Lage den Untergang des politischen Antisemitismus sich entscheiden werden hätte. Auf dem Gebiete der inneren Politik sind wir durch die ruhelose Zeit zunächst stark nach links getrieben worden. Wir haben damals auf einer grundlegenden Entscheidung in unserer inneren Politik. Die Frage war dabei für uns die: sollten wir Seite an Seite stehen in der gemeinsamen Opposition mit den Deutschnationalen oder sollten wir Fühlung nach der anderen Seite suchen? In jenen Tagen ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Mitte geboren worden. Man sollte bei den bürgerlichen Parteien der Mitte die schwere Entscheidung, wenn es irgend möglich war, so müßte der Bürgerkrieg vermieden werden, aber ebenso eine Einseitigkeit der deutschen Politik. Wenn wir heute zurückblicken, so sehen wir, daß die alte Regierung nicht durch die Unabhängigen ersetzt worden ist und daß Zentrum und Demokraten sich auf den Standpunkt gestellt haben, eine einheitliche Erweiterung der Regierung nach links abzulehnen. Das das helfen will, erkennen man erst, wenn man dieses Ergebnis im Hinblick jener Tage betrachtet, in denen man noch nicht wußte, wo die Demonstrationen enden würden. Und dieses Ergebnis ist doch wohl entscheidend für unsere zukünftige Entwicklung. Was das Schutzelei selbst anlangt, so sind durch unsere Mitwirkung unrichtige Bestimmungen des Entwurfs befestigt worden. Hätten wir es anstatt dessen an einer Auflösung des Reichstags kommen lassen sollen? Wir hätten als Partei diesen Wahlkampf nicht zu führen brauchen, aber um die Partei handelt es sich nicht, sondern um die Frage, was ist der deutschen Politik geworden wäre. (Sehr richtige Zustimmung.) Gewiß wäre damals eine

starke Schwächung der Deutschnationalen die Folge gewesen, auf der anderen Seite aber auch eine Stärkung der sozialdemokratischen Parteien. Die Frage der Stellung zur Staatsform, die wir aus dem politischen Kampf entfernen müssen, wäre in den Mittelpunkt gestellt worden. Die Not, in der wir heute stehen, die Partei des Brotwunders — alles das hätte zur Zerlegung und Zerschlagung des Volkes geführt und dann hätte die Linke nach geschlagenem Wahlkampf ein ganz anderes Geheiß gemacht, als wir es jetzt haben (Sehr richtige Zustimmung.) oder man hätte das Gesetz unter ausschließlicher Mitwirkung der Unabhängigen gemacht und in diesem Falle hätten die Unabhängigen natürlich ihre Forderungen gestellt. Dadurch wäre auch das Verhältnis Bayerns zum Reich viel schwerer belastet worden. Das wurde vermieden. Die Bayerische Volkspartei, die Demokraten, das Zentrum und wir haben damals praktisch an der Befestigung des Gesetzes mitgearbeitet.

Wir müssen uns allerdings jetzt gegen eine Anwendung des Schutzeleges wenden, die mit dem Geiste des Gesetzes nicht mehr im Einklang ist. Der Justizminister Rathenau hat im Ausschusse veräußert, daß die nationale Agitation in geschäftlichen Formen auf Grund des Gesetzes nicht gehindert werden soll, aber heute sehen wir, daß die Regierungen der Länder in der Auslegung des Gesetzes eine Willkür walten lassen, gegen die wir uns auf das Entschiedenste wenden (Sehr richtige Zustimmung.) Gegen die Aufhebung des jugendlichen Ordens wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Die ganze Art, wie man verfährt, gegen jede Bekämpfung nationalen Empfindens vorzugehen, ist mit aller Entschiedenheit zu verurteilen. Wenn füglich der deutsche Beamtenbund ein Rundschreiben an seine Mitglieder mit der Aufforderung erteilen hat, die Freunde der Republik unter den Beamten namhaft zu machen, so ist das eine Aufforderung, gegen die holländisch die demokratische Partei selbst Schritte schaffen kann. (Sehr richtige Zustimmung.)

Wenige Worte über die bayerische Frage. Die ganze Verhältnisse Bayerns zum Reich bedürfen größter Aufmerksamkeit und Umsicht. Wenn die Verhältnisse gespannt werden, so ist die Schuld daran auf beiden Seiten. Auf der Seite des Reiches ist dem Mangel an der notwendigen psychologischen Einstellung gegen Bayern. Verursachend ist es auch, wie einzelne Reichsbeamte geäußert haben, Bayern als Ausland behandelt zu können. Auf der anderen Seite muß man auch der Auffassung entgegenstellen, die zwischen den bayerischen Ordnungsmächten und dem Reichswirtschaftsministerium bedachten Rorden einen klaren Trennungspunkt ziehen will (sehr richtig). Sind denn im Rorden nicht Kräfte vorhanden, die sich für eine Wiederherstellung der Autorität und die Erhaltung der inneren Ordnung einsetzen? Bedeutet es nichts, wenn in dem tatsächlichen Deutschland in der Reichshauptstadt eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden war, während heute in Groß-Berlin die bürgerlichen Parteien die Mehrheit besitzen? In Berlin sind keine Straßen umgestoßen und keine Häuser zerstört worden. Auch in dem viel erleuchteten Berlin wohnt ein Bürger, das sich in schwerer Zeit zu bekümmern weiß, und diese Tatsache scheint mir doch mehr zu beweisen, als das fruchtlose Schimpfen auf Berlin und Preußen. (Sehr richtige Zustimmung.) Alles das, was gegen den „holländischen Rorden“ in Umlauf gesetzt wird, wird von den französischen Agenten in Anstand und von den politischen Agenten in Schrecken und in Ostereisen und von den Wesen in Hannover für ihre Agitation verwendet. Bei all diesen Agitationen, auch der marxistischen, muß die Rücksicht auf die Reichseinheit an erster Stelle stehen. (Stürmischer Beifall.)

Über die Befestigung der parteipolitischen Verhältnisse führte Dr. Stresemann u. a. aus: Die sozialdemokratische Einigung soll heute vollzogen werden. Welches wird ihre Wirkung sein? Die Einen sehen sie in einer weiteren Stabilisierung der Sozialdemokratie. Aber diese Folge eintritt, werden wir abwarten müssen. In wirtschaftlicher Beziehung ist es vielleicht ein Fortschritt, daß die Gewerkschaften, die bisher durch die gewerkschaftliche Trennung zerfallen waren, wieder achtsamer zusammengekommen sind, als in der Zeit ihrer inneren parteipolitischen Zerstückelung. Jedemfalls ist die Vereinigte sozialdemokratische Partei ein großer Faktor und es handelt sich um die Frage, ob man ihr die Alleinregierung oder die zusehendernde Führung überlassen soll, oder ob man ihr einen Gleichwertigen gegenüberstellen soll. Die Deutschnationalen geraten mit ihrer Politik in eine Isolierung, die wir bedauern. Gerade wenn wir wünschen, daß die Idee der Volksgemeinschaft nicht bei den Deutschnationalen aufhöre, so müssen wir mit aller Klarheit wünschen, daß diese sich von den rechtsradikalen Elementen trennen. Wir müssen mit den bürgerlichen Parteien der Mitte gemeinschaftlich praktische Arbeit leisten. Sie ist die einzig mögliche, erfolgversprechende Politik. Welche Auswirkungen sie hat, wird davon abhängen, wie die Entwicklung der Sozialdemokratie sich nach ihrer Einigung vollziehen wird.

Im übrigen begrüßen wir die Initiative, die die großen Führer der deutschen Wirtschaft in Bezug auf internationale wirtschaftliche Abmachungen ergreifen haben. Die politische Auswirkung der damit geschaffenen Lage ist Aufgabe der politischen Parteien. Wir sind stolz darauf, daß große Teile der deutschen Wirtschaft zu uns gehören, oder wir sind mehr als nur die Partei der deutschen Wirtschaft. Der Begriff Deutsche Volkspartei umfaßt den großen Gedanken unserer kulturellen Aufgaben. Deshalb müssen die Entscheidungen über die Gesamtpolitik in der Hand der politischen Führer bleiben, die ihrerseits für die gegebenen Lage Stellung zu nehmen haben. (Stürmischer Beifall.)

Zur wirtschaftlichen Lage.

Mit Gehehen allein läßt sich eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erzielen. Wir müssen mehr an die Gewinnung appellieren. Oft scheint es fast, als ob alle moralischen Dämme eingerissen wären, wenn man sieht, mit welcher Rücksichtslosigkeit sich die Einzelinteressen gegenüber der Gesamtheit und dem Stande durchzusetzen versuchen. (Sehr richtige Zustimmung.) Eigentlich müßte es für jeden Deutschen moralisch unmöglich sein, in Denken auf Dollarsteigerung zu spekulieren und dadurch die Währung im eigenen Lande schwer zu schädigen. (Stürmischer Beifall.) Es geht nicht an, daß man sich ganz offen mit Verachtung gegen die englische Pfunde, die ich habe Schwirrer Franken, ich war vorsichtig und habe mich eingedient. Wie falsch war es auch, diejenigen, die während des Krieges ihr Geld behielten haben, jetzt dadurch zu belächeln, daß man ihnen von Woche zu Woche eine höhere Entschädigung zahlt. Der heilige Egoismus des Einzelnen darf sich nicht durchsetzen. (Sehr richtige Zustimmung.)

Wir müssen uns mit Entschiedenheit gegen die Wiedereinführung der Arbeitseinstellung wenden. Es ist grundverfälscht und volkswirtschaftlich schädlich, wenn der Qualitätsarbeiter und der Hilfsarbeiter nach den gleichen Grundgehältern entlohnt werden. Das ist umsonst notwendig, als wir auf der anderen Seite sehen, wie ganze Schichten des Volkes der Bereitung entgegengehen. Wir haben die Verpflichtung, hier mit ganz anderen Mitteln einzusetzen, als es bisher geschähen ist. Auch der Todestampf der Presse sollte für uns ein warnendes Zeichen sein. Wenn die Stadt Berlin sich anzuwenden sieht, die Schulen zu schließen wegen Mangels an Mitteln für die Heizung, so sollte man lieber die zahlreichen Bars und Dienen schließen, um Heizungsmittel zu gewinnen. (Stürmischer Beifall.)

Nach allen diesen Richtungen ist der Ausblick auf die Zukunft wenig erfreulich. Wenn es unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, in Deutschland grundsätzliche Opposition zu treiben, so wäre das für uns sicher eine bequemere Lage. Aber wir stehen vor den größten Gefahren. Ob wir in der Außenpolitik wirklich in der nächsten Zeit eine Atempause haben werden, läßt sich noch nicht garantieren. Wir sehen im Innern die Felder drohenden Verfalls und wir müssen uns daher durch größere Leistungsfähigkeit und durch größere Produktivität retten. Wir können diesen Erfolg nicht nur durch Gesetze erzielen, sondern wir müssen auch einen Appell an die Bestimmung richten. Den Verantwortlichen der unmittelbaren Gegenwart müssen wir größere Bedeutung und wir müssen uns dabei leisten lassen von dem Gedanken der Volksgemeinschaft. Deshalb bekennen wir uns auch zu dem Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die nicht eine Kampfsache ist, sondern die Zusammenfassung der Kräfte. Das ist die einzige Politik, die wir treiben müssen, wenn andererseits das Volk nicht leiden soll.

Der Anschlußwille Oesterreichs. Protestkundgebung gegen die Friedensdiktate.

Wien, 24. Sept. Wie schon in den letzten beiden Jahren, so veranstalteten auch heute anlässlich der Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain die nationalen Verbände Wiens und zahlreiche Wiener Vereine der Bundesländer eine Protestkundgebung gegen die Diktatur des Friedens von St. Germain und Versailles. Mehr als 100 000 Menschen aus den Kreisen der nationalen Turnerschaft, der Schützengilde, der Studentenschaft, der Frontkämpfervereinigungen und anderer Vereine füllten um 10 Uhr den weiten Platz vor dem Rathaus und den angrenzenden Straßen. Von neun Tribünen sprachen Redner und protestierten gegen die schon vier Jahre dauernde Gewalt, gegen die Lage von der Weinschuld des deutschen Volkes am Ausbruch des Weltkrieges, auf der die Friedensverträge aufgebaut sind, und forderten das Recht des Anschlusses an das Deutsche Reich. Einz in diesem Sinne gehaltene Entschlüsse, in der zum Schluß gefaßt wird, alles einzusetzen, um durch baldigen Anschluß an das Deutsche Reich dem österreichischen Volk Freiheit und Recht zu sichern, wurde einstimmig angenommen. Mit Abhängen des Friedens Deutschland, Deutschland über alles, schloß die nationale Veranstaltung.

Deutsches Reich.

Verlängerung der Demobilisationsverordnungen.

Berlin, 25. Sept. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates stimmt dem Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisationsverordnungen, bis zum 31. März 1923 zu.

Das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 25. Sept. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung in eingehender Beratung mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Unter anderem wurden besondere Schutzbestimmungen für Kinder, Jugendliche und Arbeiterinnen getroffen. In der Gesamtbestimmung wurde der Entwurf mit einigen Änderungen einstimmig genehmigt und beschlossen, eine zweite Beratung abzuhalten.

Berlin, 26. Sept. (Von uns Berliner Büro.) Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat bei der Beratung des Gesetzes über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben eine Bestimmung angenommen, daß ständig beschäftigte Arbeiter und Betriebsbeamte ständige gewerkschaftliche Beschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber insoweit nicht übernehmen dürfen, als die Arbeitszeit zusammen die gelegentlich zulässige Grenzen überschreitet.

Die Gehälter der Reichsbeamten.

Berlin, 26. Sept. (Von uns Berliner Büro.) Das Reichsfinanzministerium hat die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiterchaft auf kommenden Donnerstag zu Verhandlungen über eine neue Festlegung der Grundgehälter und Länderbeihilfen eingeladen, die dadurch erforderlich geworden sind, daß die Teuerungszulagen infolge der Teuerungslage die Grundgehälter teilweise um ein Vielfaches übersteigen, außerdem falls die Auswirkung des Reichsmittelangeleges als ein Anzeichen der geltenden Ortsschläge als unumgänglich erscheinen. Die Wünsche der Organisationen werden der Regierung dieser Tage übermittelt. Der Reichsbund der höheren Beamten verlangt, daß zum Ausgleich der Minderbeträge mit den Gehältern der unteren Beamten für die Angehörigen der Gruppe 10 (Regierungs- und andere Ämter) das Teuerheits des Gehalts der unteren Beamten von der Gruppe 7 festgelegt werde.

Aus dem Kaiserbude.

Berlin, 26. Sept. (Von uns Berliner Büro.) Die Pariser Zeitungen haben am Sonntag mit der Veröffentlichung der Memoiren Wilhelms II. begonnen. Die meisten Blätter leiten die Veröffentlichung mit Äußerungen ein, deren Sinn sich in dem Satz zusammenfassen läßt: Der Angeklagte hat das Wort. Der Abend im „Völkischer Zeitung“ nimmt seinen Fortgang. Im Mittelpunkt der letzten Pariser Diskussion steht immer noch die Verfassungskrise des Kaisers Bismarck, mit der sich der Kaiser ausführlich auseinandersetzt, ohne daß dabei wesentlich neues herauskommt. Der Kaiser demütigt sich um den Nachweis, daß das Ministerium ein Instrument in Bismarcks Händen gewesen sei, das, als es sich um die Erneuerung des Sozialistengesetzes handelte, geschlossen gegen ihn, den Kaiser stimmte. Der Gehorsam der Anhängenden zwischen Kaiser und Kanzler gerade in der Sozialistenfrage wird vom Kaiser mit ausführlichen Einzelheiten belegt, ohne daß dabei der Kaiser seinen Standpunkt in überpointierter Form vertritt.

Der Reichsverband der Steinindustrie zum Etaness-Abkommen.

Berlin, 25. Sept. Der Reichsverband der deutschen Kautschuk-, Ziegler- und Tonindustrie, dem alle Produktionsverbände der Zieglerindustrie angeschlossen sind, hat am 21. September zum Etaness-Abkommen Stellung genommen und einstimmig beschlossen, sich an den Beratungen für den Wiederaufbau in Frankreich zu beteiligen. Es wurden bereits Resolutionen dafür festgelegt.

Von der deutsch-nationalen Volkspartei.

Berlin, 26. Sept. (Von uns Berliner Büro.) Auf dem Reichsparteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei, der wie bekannt, am 27. und 28. Oktober in Berlin stattfinden wird, der Parteivorstand erteilt die Eröffnungsansprache. Es spricht Johann Reichstagsabgeordneter Dr. Heiß über „Unsere Programmpunkte im Rahmen der deutschen Volkspartei“, ferner Reichstagsabgeordneter Graf Zähringen über „Verfassung und Recht in der deutschen Republik“ und schließlich der preussische Landtagsabgeordnete Wallraf über die „deutschen Parteien am Scheidewege“. Auf dem Programm steht noch ein Punkt über „Veränderung der Parteistellungen“.

Berlin, 26. Sept. (Von uns Berl. Büro.) Die bürgerlichen Landtagsabgeordneten der nichtsozialistischen Parteien hatten in Weimar eine Zusammenkunft, in der über die politische Lage und die künftige Regierungspolitik beraten wurde. Man beschloß, von dem von den Deutschnationalen verlangten Volkssentscheid zurückzuführen.

Bayern und die Pfalz.

Eine aufsehenerregende Erklärung.

München, 24. Septbr. Die Parteileitung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Partei in Bayern) gibt in einer öffentlichen Erklärung bekannt, daß der bisherige erste Vorsitzende des Kreisvereins München der Partei, der bekannte Oberst von Lander, sich selbst außerhalb der Partei gestellt hat. In seine Stelle ist ein bisher in der breiteren Öffentlichkeit weniger bekannter Politiker, Rechtsanwalt Janon, getreten. Ob Oberst von Lander seinen Rücktritt beim Austritt aus der Partei erklärt hat oder ausgeführt wurde, geht aus der Erklärung der Parteileitung nicht hervor. Auf Aufklärung erhebt man, daß er freiwillig ausgeschieden sei. Weiter den Inhalt verläuft, daß Oberst von Lander, der auf dem extremen Flügel der Partei stand, mit seiner Haltung die Abhängigkeit der überwiegenen Wehrkraft der Partei und daraus die Konsequenzen gezogen habe.

darauffolgende Abstimmung wird der Stadträtliche Antrag gegen die Stimmen der Deutschliberalen und Deutschnationalen und des Str. Klubs angenommen.

Wasserpreis.

Stadtratsbeschlüsse: Für den Bezug von Wasser aus dem städtischen Wasserwerk wird die Gebühr von Oktober ab erhöht a) die Mindestgebühr von 67 Prozent des für den 1. Dezember 1921 ermittelten Wohnungsmietpreises auf 150 Prozent; b) der Grund- und Mehrverbrauchspreis von 4,40 Mark auf 10 Mark für den Kubikmeter.

Stadtr. Selzinger (Soz.) begründet im Auftrag des Stadterwerbsamtes die Vorlage. Stadtr. Dr. Moschel (Dem.) bemerkt, das Reich habe selbstverständlich ein Interesse daran, die Gemeinden, von denen es Geld bekommt, zu erhalten, daher auch die Unterstützungsgasse. Er ist für eine Ablehnung der Vorlage, hauptsächlich wegen der hohen Abführung. Es sollten nur so viel Gebühren erhoben werden, wie sie zur Erhaltung und zur Herstellung der Gebäudefreien nötig sind. Der Redner bittet um Einbringung neuer Vorlagen auf vollständig anderer Grundlage. Es müsse unbedingt ein anderer Weg gesucht werden. Stadtr. Dreifuss (Soz.) tritt den Ausführungen des Stadtr. Dr. Moschel entgegen. Er ist der Ansicht, daß der Stadt unbedingt Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Vom Wasser dürfen keine Uebererschüsse erzielt werden, da Wasser d. s. Notwendigste zum Leben sei. Er bittet um Aufklärung über die Kohlenkauf, was alles darin enthalten sei. Der Redner bekräftigt dann die Unklarheit der Vorlage, aus der sich nichts entnehmen lasse. Die Vorlage müßte genau ausgearbeitet werden. Es müßte eine wirtschaftliche Führung eintreten. Die Kosten seien sehr hoch. Der Redner fragt auch an, warum man sämtliche Abfälle beibringt und die Gebühren für 2 Monate zusammen erhoben habe. Die Fraktion lehnt die Vorlage ab, da man jetzt nicht wissen, was man genehmigt.

Bürgermeister Kitter begründet die Vorlage. Bei einer Mehrausgabe von 150 Mark für den Zement Kohle betrage die Mehrausgabe für die drei Werke über eine halbe Million. Es ergebe sich die Frage, wie Deckung geschaffen werden solle. Durch die Erhöhung der Kohlenpreise müßten die Preise für Gas, Strom und Wasser unbedingt erhöht werden. Die Kohlenkauf soll nicht nur eine Erhöhung, sondern auch eine Steuerungsklausel sein, die auch mit der anderen Städte übereinstimme. Die Spannung der Kohlenkauf solle auch der Deckung weiterer Mehraufwands dienen. Nach Berechnungen müßte angenommen werden, daß die Kohlenkauf auch eine richtig angelegte Steuerungsklausel sei. Die Vorkaufnahme teils auf Schätzungen und teils auf Berechnungen. Am 1. September tritt eine neue Erhöhung der Gebühren um nahezu 50 Prozent der bisherigen Beträge ein. Es ist möglich, daß dadurch die vorgelebene Summe nicht ausreichen würde. Was die Abschreibungen angeht, so müßten unbedingt Mittel zur Ausbesserung und Neuananschaffung vorhanden sein. Abschreibungen bis zum 5fachen Betrag seien für nicht ausreichend. Das vierteljährliche Rechnungsergebnis ergebe, daß die Verhältnisse der Werke nicht gerade günstig seien; nur das Elektrizitätswerk müsse einen Ueberschuß auf. Die Arbeiter sind während der Schulferien zum großen Teil beurlaubt worden. Aus diesem Grunde sei auch die Zusammenlegung der beiden Monate bei der Erhebung erfolgt.

Stadtr. Moschel (Deutschlib.) wendet sich scharf kritisch gegen die ungenügenden Unterlagen. Es fehle die Abwägung von Ausgaben und Einnahmen, Aufwand und Produktion zueinander. Seine Fraktion habe die feste Ueberzeugung, daß die Werke hier nicht mit der Höhe seien. — Oberbürgermeister Dr. Kähler weist daraufhin, daß die Kohlenkauf überall eingeführt sei und eine genaue Berechnung zulasse. Steige die Kohlenkauf, sei und eine andere Dinge. Rückwärts könnten die Gebühren nicht erhoben werden, sie müßten vorher erhöht werden. Vom Vorkaufnahme müßte ausgegangen werden. Das Rechnungsergebnis werde zeigen, ob es richtig aufgestellt sei. Redner tritt den Ausführungen des Stadtr. Moschel entgegen. — Ein Vertreter der Direktion des Wasserwerks weist darauf hin, daß beim Wasserwerk nur die beste Kohle verwendet werden könne. — Es sprachen dann noch u. a.: Stadtr. R. Haas (Dem.), der die Vorlage mit der Begründung ablehnt, daß das Wasserwerk kein Ueberschußbetriebe sein dürfe. — Stadtr. Dreifuss (Soz.) lehnt die Vorlage ebenfalls ab. — Oberbürgermeister Dr. Kähler verbietet sich eingehender über das Wesen der Kohlenkauf.

Die Abstimmung erbrachte Annahme der Vorlage gegen die Stimmen der Deutschliberalen, des Zentrums und eines Demokraten.

Gospreis.

Stadtratsbeschlüsse: Der Gospreis wird von der Septemberabrechnung an auf 20 Mark für den Kubikmeter erhöht.

Strompreis.

Stadtratsbeschlüsse: Der Preis für elektrischen Strom wird ab Septemberabrechnung herabgesetzt auf Lichtstrom für die KWSt. 25 M., Kraftstrom für die KWSt. 30 M., C-Strom für die KWSt. (unter entsprechender Erhöhung der Grundgebühren) 21 M. Die beiden Vorlagen werden ohne Debatte gegen die Stimmen der Deutschliberalen und des Zentrums angenommen. Schluß der Sitzung 8.15 Uhr.

1. Volksymphonie-Konzert.

Ein für Mannheim neuer Mann erschien gestern auf dem Boden des Altkonzertsaales, Karl Schürch, der in hohen Ansehen stehende Wiesbadener Kapellmeister, enttäuscht die Erwartungen nicht, die man auf ihn setzte. Namentlich in den Regieren Variationen über ein Thema von Mozart erweist er sich als Meister von großen künstlerischen Ausmaßen und von ganz hohem Eindringlichkeit des bewundernden Willens. Wie das Orchester seine Absichten erfüllt, wie er den freudig mitsingenden Instrumenten den jungen Klang seines leisen vornehm beiderseitigen musikalischen Empfindens einflößt, bemerkt man, durchdringendes Höhrerum. Aber welche zwingende Gewalt liegt doch auch in dieser Regiererei, welche Ueberweltung bewirkt die Behandlung des in reizvoller Annäherung dahinschwebenden Themas, welche farbenreiche harmonische Umarmungen, welche besorgender Zurechtweisung im Orchesterklang. Was ist das für ein Spiel, das in den Händen des modernen Dirigenten, Mozarts Geist spricht aus moderner empfänglicher Polyphonie, in deren Führung Regier gerade hier unerreichte Meisterschaft zeigt. Wie er als Orchesterkomponist zu paden und zu erschüttern vermag, hatte ein socher Arno Schumann in zwei Etüden aus seinem op. 59 erleben lassen. Einleitend bot Schürch mit dem sein Hofes gebenden Nationaltheater-Orchester Beethoven's Eroica in höchst befriedigender Weise dar, frei von Ueberschwang, fern auch von jener intrinisch-sensitiven Verlorenheit, mit der etwa Fortmangler in das Werk sich verlor. Schürch ist gerader, unproblematischer, aber sein Vortrag ist von wunderbarer Klarheit, seine Auffassung in unumwandelbarer Treue dem Meister anheim. Und wer gestern den übermächtigen Transparenzen des Marcella funebre lauschen durfte, in dem hat auch die hohe Empfindung nachgezügelt, die Schürch's Führung trug. Sie sprach warm und beruht auch auf Karl Ebert's Klugem und liebenswürdigem Einführungswort.

Kunst und Wissen.

Nationaltheater. In der Inszenierung der vergangenen Spielzeit und in Karl's Rheinwieser's seltsame Schiller's „Lustige Weiber“ gipeln der diesjährigen Erbauung. Die Lahn, die Inszenierung in der Titulrolle auf Anstellung gesteuert, spielte auch gegen die Paule; von Anbeginn an innerlich freier und mit jedem Bewußtsein. Drücker, als man zu hoffen wagte, schied dieses Talent seine Hemmnisse überwinden zu wollen. Als Vob's Willford schied mit Maria und der zum reumütigen. Gegenüber müßte Frau von Hagen diese M. H. spielen; sie ist die tüchtere. Maria Andros ist zu erlösen; ihre Leidenschaft ist nicht die Erregtheit eines nordischen

Städtische Nachrichten.

Hermann Waldeck †.

In vergangener Nacht ist eine der markantesten Persönlichkeiten unserer Stadt, Hermann Waldeck, einem Schlaganfall erlegen. Mit tiefem Schmerz wird diese Nachricht in der Bürgerschaft aufgenommen werden, da Hermann Waldeck, wenn auch nicht geborener Mannheimer, von Jugend auf mit den Geschicken der Stadt und engste verknüpft war und in dem gesellschaftlichen Leben unserer südwestdeutschen Handelsmetropole eine hervorragende Rolle spielte. Journalist im Nebenberufe und Mitarbeiter angelegener Zeitungen, erwarb sich der Dahingegangene bereits in jungen Jahren einen guten Namen. Insbesondere aber lag ihm das Gedeihen unseres Landes am Herzen, wie er überhaupt ein Freund aller schönen Künste war und für diese bis in die letzte Zeit hinein in Wort und Schrift tätig war. Als einer der beliebtesten Kolportisten erkreuzte er sich großer Volksnähe und Beliebtheit. Bei allen großen Veranstaltungen wie bei Kongressen stellte er sich stets gerne in den Dienst der Sache und erweute mit seiner heiteren Witze alt und jung. Der Kreis seiner Freunde und Verehrer ist ungemein groß. Sie alle gedenken mit tiefem Schmerz des Hinscheidens dieses edlen, selbstlosen Mannes, dessen Leben jederzeit von hohem Idealismus erfüllt war. Nun ist die Feder der müden Hand erloschen. Der Mann, der so prächtige Eigenschaften und hervorragende Gaben des Geistes und Herzens in sich verkörperte, ist für immer von uns gegangen.

Hermann Waldeck ist am 2. Juli 1854 in Neuwied geboren. Er trat nach beendeter Schulzeit am 1. April 1869 in das Banthaus S. V. Hohenheim u. Söhne, das vor wenigen Jahren in der Rhein. Creditbank aufgeht, als Lehrling ein. Seine Kenntnisse und Fähigkeiten, seine ihn bis zuletzt auszeichnende hohe Fleißigkeit und Gewissenhaftigkeit in allen Dingen wurde von seinen Vorgesetzten insofern anerkannt und gewürdigt, als der damalige junge Bankbeamte bereits im Jahre 1875 Kassier des Bankgeschäftes wurde. Im Jahre 1896 übertrug ihm die Bankleitung den verantwortungsvollen Posten eines Protokollanten. Als Hermann Waldeck vor einigen Jahren das in deutschen Verhältnissen gemäß festliche Jubiläum der 30jährigen Tätigkeit bei seiner Bankfirma beging, wurden ihm aus den Kreisen der besten Bürgerschaft so viele herzliche Sympathiebeweise entgegengebracht, daß ihm diese Verehrung und Wertschätzung vor Freude tief erschütterte. Trotz eines hartnäckigen rheumatischen Leidens war Hermann Waldeck seinem Rarvvel entsprechend voll goldenen Humors, der den Verkehr mit ihm zu einem Quell der Freude machte.

Bei allen Festen der Bürgerschaft stand er in vorderster Linie, er war die Seele der Veranstaltungen. stets stellte er seine reichen Erfahrungen gerne zur Verfügung. Wie erinnern an seine erfolgreiche Tätigkeit im Jubiläumjahr 1907, an das letzte große badische Sängerbundesfest im Jahre 1913, bei dem Waldeck den Vorsitz des Festauschusses übernommen hatte, wie an das noch in aller Erinnerung lebende Mannheimer Schützenfest. Die schweren Kriegerjahre wie der unglückliche Ausgang des Weltkrieges sind auch an diesem Mann nicht vorbeigegangen, ohne starke Andeute zu hinterlassen. Sein hoch anerkennendes Wiederborn ließ nicht mehr so reich wie früher.

Groß und unangenehm sind die Verdienste, die sich der Entschlafene um den Schriftstellerverein Mannheim-Ludwigshafen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Vereins erworben hat. Der Verein erhielt unter seiner Leitung nicht nur die doppelte Mitgliederzahl, sondern er verschaffte ihm auch diejenige Position im gesellschaftlichen u. wirtschaftlichen Leben unserer Stadt, die der Bedeutung dieses Vereins entsprechen. Ebenso erfolgreich war auch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Liedertanzes, der durch das Hin- und Herbewegen Hermann Waldeck's eines seiner ansehnlichsten und arbeitstreibendsten Mitglieder verlor. So bedeutet sein früher Tod einen unersehlichen Verlust.

Bis in die letzten Jahre hinein übte der Entschlafene auch zu den Mitarbeitern unseres Generalanzeigers. Seine Artikel wie keine Gedichte fanden stets eine dankbare Leserschaft. Als Verwalter städtischer Gebäude und Humoresken in Mannheimer Rundschau nimmt Hermann Waldeck unter den badischen Schriftstellern eine Sonderstellung ein; seine Bücher „Aus der Mannheimer Wapp“, „Kart n' brummet“, „Wenn der Sommer weg“ sind typische Beispiele der Mannheimer Literatur und werden als solche von bleibendem Werte sein. Wie sind überzeugt, daß diesem um des Gemeinwohl unserer Stadt wie um deren Geistesleben so hochverdienten Mitarbeiter in allen Kreisen der Bevölkerung ein dankbares, ehrendes Andenken bewahrt bleibt.

ch. Veröffentlichung der handelsmännlichen Mitteilungen. Mit verwerten unsere Leser auf die Veröffentlichung der Familien-Handnachrichten des hiesigen Standesamts in vorliegender Ausgabe. Wie wir sorgfältig mitarbeiteten, wurde den badischen Standesämtern durch Erlass des Ministeriums die Veröffentlichung ihrer Einträge in der Presse unterjagt. Dieses Verbot ist jedoch rechtlich gänzlich unhaltbar, weshalb wir bemüht sein werden, die handelsmännlichen Mitteilungen, die sehr gerne gelesen und deshalb zu einem wichtigen Bestandteil der Tagespresse zählen, in Zukunft wiederum in unserem „Generalanzeiger“ zum Ausdruck bringen zu können. Die Veröffentlichung in vorliegender Ausgabe enthält die handelsmännlichen Eintragungen in letzter Woche.

Grundsteinlegung zur Melanchthonskirche. Am Sonntag vormittag wurde auf dem Platz neben der Uhlendüne die Grundsteinlegung zur Melanchthonskirche vollzogen. Der Festzug wurde vom ev. Stadtpfarramt durch ein Musikorchester begrüßt.

Temperaments. Doch was tut es, daß sie die Willford nicht als Engländerin spielte, daß sie leidenschaftlich war wie nur immer ein Weib, das um das Gelingen kämpft, was es sich begehnen konnte, um sein Herz? Der große Auftritt mit dem Kaiser war durch diesen starken menschlichen Zug in Maria Andros Auffassung des theatralischen Schauspielers gänzlich lebendig und sprach mit Worten unvergänglicher Erschütterungen zu uns. Als Stadtmusikant Müller wohnt nun wieder Karl Neumann-Hof die Tradition der Bühnen. A. M.

Allemannisch-Pfälzischer Sonntag in Karlsruhe. Den Abschluß und vielleicht den Höhepunkt der Veranstaltungen der „Karlsruher Herbstwoche“ bildete der nach dem Willen des Mannheimer Pfälzer Sonntag angelegte und in bester Ordnung durchgeführte Allemannisch-Pfälzischer Sonntag. Die ganzen Vermittlungsstunden über war ein geläufiges Leben und Treiben in den Straßen der Stadt, die dann kurz vor 12 Uhr mittags durch die etwa 2 Km. lange Festzug von der Kaiserstraße durch die Waldstraße bis zum Schloßplatz und direkt am Schloß vorbei bewegte, wo er sich in zwei Teilen aufstellte. Hier leitete die Sängervereinigung Karlsruhe den Festzug mit dem bekannten Vaterlandslied „Wie kann ich Dein vergessen“ ein. Dann richtete der badische Staatspräsident Dr. Hummel ein vom Willen des Schloßes eine Ansprache an die nach vielen Tausenden stehenden Zuhörer, die sich im Schloßplatz aufgestellt hatten. Archivar Pfeller-Sperer sprach im Namen des Pfälzer-Waldvereins dankbewegte Worte für den freundlichen Empfang und die herzlich Begrüßung, die der Staatspräsident an die Gäste gerichtet und aus der das erhebende und erquickende Bekenntnis sprach, daß Regierung und Volk in einigem Körper sind. Dieses deutsche Volk und namentlich das Pfälzer Volk sei ferngehabt. Abschließend sprach ein Vertreter des Staates: Herr Bauer-Keutchen. Die Veranstaltungen des allemannisch-pfälzischen Sonntags erzielten durch die im Landesparlament vermittelte oberhaltene Freie „Die Schallhorn“ ein prächtiges Bild von Vaterland und durch prächtige Dreiklangsvorführung eine kulturreiche Note. Der Nachmittag brachte im Stadtpark das Pfälzer Volksfest „Ein Herbsttag an der Harb“, dem ein allemannischer Abend folgte. Die Festhalle, in der diese Aufführungen, Tänze usw. vor sich gingen, sah ein sehr zahlreiches Publikum. Man schätzte die Zahl der Fremden auf 40 000.

Orator und Buchwoche in Köln. Die auf Anregung der Gesellschaft für rheinische Literatur in Verbindung mit dem hiesigen Pfälzer Verband im Boden gewisse Orator und Buchwoche ist Sonntag vormittag in dem großen Saal des Kölner Kunstvereins feierlich eröffnet worden. Die Veranstaltung, die hiesig wiederholten soll, hat sich die Aufgabe gestellt, den Anteil des Rheinlandes an der deutschen Kultur aufzuzeigen und die kulturellen Zusammenhänge des Westens mit dem Hochgeringen vor Augen zu führen.

Die Not der geistigen Arbeiter. Auf der Tagung des Vereines für Sozialpolitik in Offenbach stand im Mittelpunkt der Besprechungen die Notlage der geistigen Arbeiter. Professor Dr. Alfred Weber stellte fest, daß der alte Individualismus seit 1914 gelitten hat. In mehr mächten die neuen Reichen für die Erhaltung der Bildung in den nächsten Generationen eintreten. Den Arbeiterintellektuellen der jüngeren Generation rief er zu mobilisieren Sie, was Sie an geistigen Werten in sich haben. Nur eine starke Beeinflussung auf den Geist kann unsere jugend trübe Perspektive erhellern. Besorgend die Handl Siedel sprach dann über die Krisis des Buchhandels. Die Verleger müßten ihr Kesselfertes tun, um die Zeitschriften ihres Vertriebsgebietes durchzuhalten. Sodann beschäftigte sich Georg Berner mit der Frage der Journalisten, für die es eine bessere materielle Sicherstellung forderte. Dies sei dringend nötig im Interesse des deutschen Volkes und der Sauberkeit des öffentlichen und politischen Lebens.

Ein Wäther von der Dogelweide-Fund. Von der Handschrift des Wätherbüchleins Vandesbüchleins, die Walther von der Vogelweide's Gedichte enthält, hat sich in den Papieren des verstorbenen Direktors der Bibliothek, R. Schatz, die Abschrift eines bisher unbekanntem Bruchstückes gefunden. Carl von Kraus, der Münchner Romanist, der das Stück in der Zeitschrift für deutsches Altertum veröffentlicht, hält es für ein Werk Wolthers von der Dogelweide.

Oberammergau in Italien? Die unser Vertreter aus Rom berichtet, daß der bekannte Theologe Barbieri die Oberammergauer Schauspieler zur Aufführung der Passionsspiele nach Italien bringen. Das Theater werde im Turiner Stadion stattfinden, die Schauspieler würden sich sodann nach Rom begeben, um dem Papst ihre Aufmerksamkeit zu machen.

Nach einem Brief des Kirchenrates der Melanchthonskirche unter Hauptlehrer Georg Emig's Leitung hielt Stadtpfarrer Reichel die 1. Sitzung der Melanchthonskirche, in der er die Bedeutung des Grundsteins legte. Nach dem Gemeindefest: „Lobe den Herrn, den mächtigen König“ unter Teilnahme der Melanchthonskirche Kirchengemeinderat Peter Löh die Gild- und Eigenschaft der Kirchengemeinderats, Kirchenrat von Schöpfer die des Bezirkskirchenrats. Nach einem weiteren Vortrag des Kirchenrats verlas Stadtpfarrer Reichel die Urkunde, die in den Grundstein eingetragt wurde. Während der Vermauerung trug Architekt Walch ein von ihm verfaßtes Festgedicht vor. Hierauf folgten die Hammerschläge zuerst durch den hiesigen Architekten Wirth, dann durch den Bauführer Architekt Walch, dann durch die 3 Geistlichen der Kirche, den Vertreter des Kirchengemeinderats den Dekon, den Sprengelrat und die Vertreter des Sprengelvereines, des Männer-, Frauen-, Jugend- und Mädchenvereins und die sonst anwesenden Geistlichen. Pfarrverwalter R. Schatz sprach das Schlußgebet. Nach dem Gemeindefest: „Run danket alle Gott“ beendigte Stadtpfarrer Reichel die Feier mit dem Segen.

Erhöhung der Verpflegungsgelder im Landesbad und Landesbad. Die für den Unterhalt der Kranken im Landesbad in Baden-Baden und im Landesbad Dürheim aufzuwendenden Kosten machen eine weitere Erhöhung der Verpflegungsgelder notwendig. Diese betragen vom 1. Oktober 1922 an für Selbstzahler 170 Mark täglich bei Benützung gemeinsamer Säle und 220 Mark täglich bei Benützung von Einzelzimmern. Diese Vergütungen werden für Kranke, welche von näher bestimmten Behörden und Organisationen eingewiesen werden und die ausgewiesener Winterbewohner sind für Selbstzahler, wenn sie die badische Staatsangehörigkeit besitzen oder im Landesbad ihren Wohnsitz haben, auf 150 Mark täglich bei Benützung gemeinsamer Säle und 185 Mark täglich bei Benützung von Einzelzimmern ermäßigt. Für Ehepaare oder andere Personen, welche die Zusammenfassung eines gemeinschaftlichen Zimmers für sich in Anspruch nehmen, kommt ein Verpflegungsgeld von je 200 Mark bezug 170 Mark in Anrechnung. Hierfür wird gewährt: Wohnung, Heizung, Verpflegung, ärztliche Behandlung, Wäsche, Baden und sonstige Kurmittel. Trotz der Erhöhung der Verpflegungsgelder sind diese noch so mäßig, daß ein Kuraufenthalt ähnlicher Art sonst nur mit erheblich höheren Kosten möglich ist.

Pf. Fundusverkauf. Am 10. September (1. Kennenstag) hat ein hier wohnhafter Kaufmann auf dem Kennenstag eine leonore Salonleberbristhase mit etwa 1000 M. in Hundertmarkstücken und drei frank. 50 Franken verloren, welche offenbar gefunden und unterschlagen wurden.

Kommunale Chronik.

Düsselhof, 25. Sept. Infolge der wachsenden Geldentwertung werden hier verschiedene der großen Bauten zum Stillliegen kommen. So sollen der Bau der Kunstakademie und der vor kurzem in Angriff genommene Bau der Frauenklinik eingestellt werden. Auch das dritte der städtischen Hochhäuser, das neben dem Stadthof erstellt werden soll, wird nicht zur Ausführung kommen. Von dem Bau eines eigenen Wasserwerks ist ebenfalls Abstand genommen worden. Der Bau der Strophenbahnlinie nach Hamm (Walden) ist bis auf weiteres zurückgestellt worden. Bei der bedauerlichen Lage der städtischen Finanzen wird endlich erwogen, ob die Aufwendungen für die städtischen Theater noch zu rechtfertigen sind oder ob nicht der Theaterbetrieb eingeschränkt werden muß.

Sportliche Rundschau.

Leichtathletik.

Erfolge der deutschen Leichtathletik in Schweden. Bei den internationalen Wettbewerben in Christiania gewann Hauptmann Krefeld über 100 Meter in 10,8 Sek. und über 200 Meter mit 22,4 Sek. gegen Hof-Norwegen. Den Lauf über 800 Meter gewann Hauptmann Krefeld in 1:58,4 gegen Belgier. Weitere Ergebnisse sind: 1000 Meter: 1. Hauptmann Krefeld 3:35, 2. Hauptmann Krefeld 3:35, 3. Hauptmann Krefeld 3:35, 4. Hauptmann Krefeld 3:35, 5. Hauptmann Krefeld 3:35, 6. Hauptmann Krefeld 3:35, 7. Hauptmann Krefeld 3:35, 8. Hauptmann Krefeld 3:35, 9. Hauptmann Krefeld 3:35, 10. Hauptmann Krefeld 3:35. In der 4 mal 100 Meter Staffel kam Deutschland (Hauptmann Krefeld, Hauptmann Krefeld, Hauptmann Krefeld, Hauptmann Krefeld) in 4:38 Sek. als Erster ein, wurde aber wegen falschen Startes disqualifiziert.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Septbr.

Table with 7 columns: Pegelstation von Rhein, Datum, 21, 22, 23, 24, 25, 26, Bemerkungen. Rows include: Schwaneninsel, Havel, Werra, Elbe, Main, Mosel, Rheine, vom Neckar, Mannheim, Mittelrhein, Wiesloch, Neckar, 7-7.

Mannheimer Wetterbericht

vom 26. September, morgens 7 Uhr. Barometer 1752,3 mm. Thermometer 10,4° C. Niedrigste Temperatur Nacht 10,2° C. Höchste Temperatur gestern: 15,5° C. Niederschlag: 1,6 Liter auf 1 qm. NO. 2, bedeckt.

In der Eröffnungsansprache wurde ausgeführt, daß die Buchwoche als ein Vorläufer größerer Pläne zu bezeichnen sei. Dem Rheinland solle durch seine geographische Lage die Vermittlerrolle zwischen großen Kulturen zu. Dies bedeute eine Gefahr, die Rheinländer des Rheinlandes zu der großen deutschen Gemeinschaft zu verlegen. Die Veranstaltung solle ein Stück geistiger Heimatgeschichte andeuten und vorführen. Die Gedanken führten auch der Vorlesung der Gesellschaft für rheinische Literatur, Professor Anders, in seiner Rede näher aus. Er meinte, dem Rheinland fehlte vielfach das Verständnis für die bodenkundigen Dichter, wie es bei anderen Volksstämmen zu finden sei. Diese Zustände seien aus dem Volkscharakter des Rheinlandes zu erklären, der zu sehr auf den Augenblick eingestellt sei. Die Freier schloß mit einem Wortlaut von Beethoven's Streichquartett. Die Besungen von Dichtern begannen am Sonntag und währten sich die Woche fort. Im Anschluß an die Besungen wird rheinische Kammermusik dargeboten.

Die Not der geistigen Arbeiter. Auf der Tagung des Vereines für Sozialpolitik in Offenbach stand im Mittelpunkt der Besprechungen die Notlage der geistigen Arbeiter. Professor Dr. Alfred Weber stellte fest, daß der alte Individualismus seit 1914 gelitten hat. In mehr mächten die neuen Reichen für die Erhaltung der Bildung in den nächsten Generationen eintreten. Den Arbeiterintellektuellen der jüngeren Generation rief er zu mobilisieren Sie, was Sie an geistigen Werten in sich haben. Nur eine starke Beeinflussung auf den Geist kann unsere jugend trübe Perspektive erhellern. Besorgend die Handl Siedel sprach dann über die Krisis des Buchhandels. Die Verleger müßten ihr Kesselfertes tun, um die Zeitschriften ihres Vertriebsgebietes durchzuhalten. Sodann beschäftigte sich Georg Berner mit der Frage der Journalisten, für die es eine bessere materielle Sicherstellung forderte. Dies sei dringend nötig im Interesse des deutschen Volkes und der Sauberkeit des öffentlichen und politischen Lebens.

Ein Wäther von der Dogelweide-Fund. Von der Handschrift des Wätherbüchleins Vandesbüchleins, die Walther von der Vogelweide's Gedichte enthält, hat sich in den Papieren des verstorbenen Direktors der Bibliothek, R. Schatz, die Abschrift eines bisher unbekanntem Bruchstückes gefunden. Carl von Kraus, der Münchner Romanist, der das Stück in der Zeitschrift für deutsches Altertum veröffentlicht, hält es für ein Werk Wolthers von der Dogelweide.

Oberammergau in Italien? Die unser Vertreter aus Rom berichtet, daß der bekannte Theologe Barbieri die Oberammergauer Schauspieler zur Aufführung der Passionsspiele nach Italien bringen. Das Theater werde im Turiner Stadion stattfinden, die Schauspieler würden sich sodann nach Rom begeben, um dem Papst ihre Aufmerksamkeit zu machen.

